



Evangelische Verantwortung

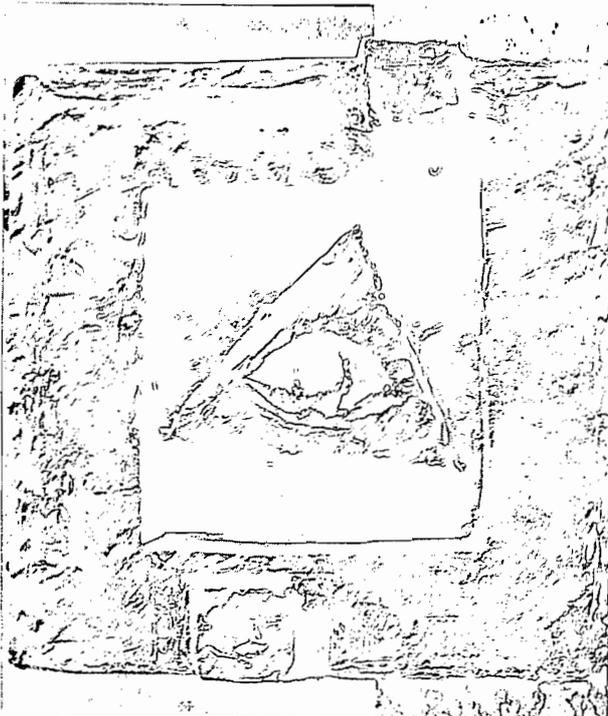
September 1986

Moralismus und Polarisation in der heutigen Gesellschaft

Paul Rieger

Es ist Tatsache, daß aus dem kirchlichen Raum in den letzten Jahren in vielfältiger Form, angefangen von Gruppen kirchlicher Jugend bis hin zu kirchlichen Funktionären in kirchlichen Werken eine wachsende Flut politischer Stellungnahmen die Gesellschaft überschwemmt. Es wird zu Demonstrationen aufgerufen, es werden Bundesgenossenschaften mit Gruppen eingegangen, die atheistisch der Kirche fern stehen, um für Themen wie Frieden, Umwelt und politische Zu-

stände in fremden Ländern sich zu äußern und einzustehen. Dies ist eine Entwicklung, die von den Kirchen als solchen allein nicht zu verantworten ist. In ihr spiegelt sich lediglich ein Trend der Gesellschaft wider, der weltweit in demokratischen Staaten seine Entsprechung hat. Wenn man heute nach einem Hauptkennzeichen des gesellschaftlichen Zustandes fragt, dürfte die Antwort eindeutig ausfallen: Wir erleben eine zunehmende Polarisierung zwischen gesellschaftlichen Gruppen unter uns.



Wer ist Gott?

Foto: Hans Lachmann

Quelle: Fundamente, Christsein heute
Schriftenmissions-Verlag Gladbeck/Westfalen

Der Zustand unserer Gesellschaft ist nicht gekennzeichnet durch jenen Grad von Polarisierung, den jede Demokratie braucht, um ihre Entwicklung voranzutreiben und den gesellschaftlichen Dialog in Gang zu halten, sondern durch eine Verschärfung von Gegensätzlichkeiten, die sich mittlerweile sehr tief in die Bewußtseinschichten der Menschen eingegraben haben und eingraben und breite emotionale Felder besetzen. Vermutlich hat sich diese Polarisierung bereits in Schichten der Menschen eingefressen, die dem normalen demokratischen Dialog nicht mehr zugänglich sind und bereits Dialogunfähigkeit erzeugen. In weiten Teilen sind sie fast nur noch mit tiefenpsychologischen und psychotherapeutischen Methoden angebar, wenn dort überhaupt noch Kommunikation über die eigene Gruppe hinaus gewollt wird. An die Stelle demokratischer Sachauseinandersetzungen treten Gesinnungskämpfe, die dem Gegenüber Intoleranz bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung andienen. Für uns Deutsche ist dies besonders gefährlich, da die Milderung gesellschaftlicher Gegensätze durch ein nationales Identitätsgefühl nicht gegeben ist. Die Anfälligkeit für eine „wahre Gesinnung“ ist wie eh und je voll vorhanden.

Moralismen als Orientierungshilfen

Diese Polarisierung schlägt sich auch in den Kirchen nieder, deren Glieder ja nicht im abstrakten Raum leben, sondern Mitglieder ihrer Gesellschaft sind und keineswegs ausgegrenzt aus der allgemeinen Entwicklung leben. Mit der Polarisierung geht zugleich eine merkwürdige Moralisierung des Lebens einher, Welt und Gesellschaft werden unter dem Gesichtspunkt von Moralismen wahrgenommen und gedeutet. Allerdings nur, was das öffentliche Leben betrifft. Wir haben eine steigende öffentliche Moralisierung bei einem gleichzeitigen Verfall der persönlichen Sitten. Der moralische Anspruch an das öffentliche gemeinsame Handeln wird zunehmend aufgeladen, zugleich entspannt sich, lockert sich der Anspruch gegen sich selbst, der früher Disziplin hieß. Der Moralismus, der mit moralischen Kurzformeln (Unterdrückte/Unterdrücker, Ausgebeutete/Ausbeuter, Arme/Reiche, Herrscher/Beherrschte) die Weltwirklichkeit zu erklären versucht, ist eine Reaktion auf die zunehmende Informationsüberflutung, die die Welt nicht übersichtlicher sondern nur unübersichtlicher macht. Die menschliche Psyche verlangt aber nach Ordnungslinien und Klarheit und bedient sich dazu eben jener moralischen Kurzformeln, die in zunehmendem Maße wie ein Instruktionsnetz die Weltwirklichkeit überziehen und die Informationsurwälder mit eingeschlagenen Schneisen durchziehen. Die Reduktion von Komplexität durch Moralismus ist jedoch gefährlich geworden. Dieser wachsende Moralismus wird insofern problematisch, als er einer Weltwirklichkeit gegenübersteht, die sich solchen Betrachtungsweisen mehr denn je entzieht. Der Weltenlauf ist entgegen allen Wunschvorstellungen keine moralische Veranstaltung, in der die Bösen bestraft und die Guten belohnt werden, sondern ein höchst komplizierter Ablauf von Geschehnissen, deren letzte Sinndeutung in vielem im dunkeln liegt. Wenn nun Menschen auf ihrem moralistischen Ansatz ungebrochen verharren, kann es gar nicht anders sein, als daß ihre Weltanschauung in harten Widerspruch zur Wirklichkeit des Lebens gerät. Unter all den gängigen Weltanschauungen (Aussteiger, Gewalt) scheint der marxistische Ansatz einem solchen Prinzip entgegentzukommen, da er ebenfalls mit moralistischen Prinzipien die Weltwirklichkeit zu ändern verspricht (Ernst Bloch: Was ist, kann doch nicht wahr sein. Oder: Wenn Idee und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, dann wehe der Wirklichkeit). Von daher erklärt sich die Anfälligkeit vieler junger Intellektueller für Teile eben dieser Weltanschauung und die Neigung auch christlich geprägter Gruppen, sich Teile des marxistischen Ansatzes als eine dem Christentum nahestehende Form der Weltbewältigung anzueignen.

Verlust des Himmels

Von diesem Ansatz und dem atheistisch marxistischen Moralismus her verliert die Gesellschaft eine wesentliche Dimension der Wirklichkeitsdeutung, die metaphysische Komponente bzw. sie verliert ihren Himmel. Der Atheismus im Marxismus ist grundsätzlicher Natur und nicht nur historisch bedingt. Wenn eine Gesellschaft nicht mehr an den Himmel glaubt, muß sie ihn selber machen und ihn auf der Erde produzieren. Eben das geschieht in der leidenschaftlichen Anwendung politischer Moralismen; Politik wird zum sakramentalen Vollzug und zum Heilsweg einer neuen Welt und einer neuen Gesellschaft. Die Polarisierung der Gesellschaft muß zwangsläufig erfolgen, denn vom moralistischen Ansatz her gibt es nur solche, die das Gute tun und für die gute Sache einstehen oder aber solche, die sich verweigern und an der guten Sache schuldig werden und sie sogar zunichte machen können. Der Schuldvorwurf trifft dann in erster Linie eine Gruppe der Gesellschaft, die für die Entwicklung verantwortlich ist, die Politiker, denen günstigenfalls Unfähigkeit, schlimmstenfalls bewußte Bosheit unterstellt wird. Wenn eine gute moralische Sache nicht gleich durchzusetzen ist, entsteht die sattsam bekannte Politikerschelte. Sie wird zum Volksspott und Ausweis einer besseren moralischen Gesinnung dessen, der schimpft. So zeigen sich auch in den Kirchen moralisierende Theologen, die wie die Theologie der Revolution, die Theologie der Armut oder die Theologie der Befreiung wesentliche Bereiche einer moralisierenden Politik beherbergen und als theologische Forderung ausdrücken.

Vernunft und Prophetie

Ein solcher Ansatz bringt eine Fülle von theologischen und gesellschaftlichen Problemen mit sich. Das theologische Problem bricht zuallererst in der Frage auf, wie der Zusammenstoß von Moralismen und Wirklichkeit bewältigt werden kann. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Politik. Für die Bewältigung politischer Probleme steht den Menschen im wesentlichen nur das Instrument der Vernunft zur Verfügung. Vernunft kommt häufig an ihre Grenzen und muß Probleme stehenlassen und lernen, Spannungen auszuhalten, wenn sie zunächst unaufhebbar sind. Der Weltenlauf ist auch keine vernünftige Veranstaltung. Vernunft muß geschichtliche Bedingungen anerkennen und unter Umständen mit Geduld und kleinen Schritten Änderungen vorantreiben. Ein moralistischer Ansatz denkt im wesentlichen ungeschichtlich. Er will eine solche Spannung nicht aushalten und zulassen, sondern er muß die Probleme durch erhöhte moralische Forderungen angehen. Da solche von der Vernunft her nicht be-

gründbar sind, bedarf es einer anderen Legitimationsquelle für politische Forderungen und Aktionen. In der Theologie ist dies heute sehr stark durch die Wiederbetonung des Prophetenamtes erfolgt. Der Prophet argumentiert nicht mehr im Sinne rationaler vernünftiger Überlegungen, sondern beginnt seine Aussage mit dem Satz: „So spricht der Herr.“ Im Namen der Religion wird eine Vollmacht vorgelegt und in Forderung umgesetzt, die sich einer rationalen vernünftigen Hinterfragung nicht mehr stellen will. Vernunft wird ersetzt durch Prophetismus bzw. Heiligkeit, und da es sicher auf dem Feld der Politik auch sehr viel Unvernunft gibt, wird auch Unvernunft durch Heiligkeit kompensiert. Aber die Alternative für Unvernunft heißt nicht Heiligkeit und Prophetie, sondern Vernunft und eben solche muß geweckt, erkämpft, erarbeitet und gefördert werden. Sie ist in der Politik durch nichts zu ersetzen.

Moralistik der Diesseitigkeit

Wenn über dem moralistischen Ansatz der Himmel, das ist die metaphysische Dimension einer Gesellschaft zur Deutung der Wirklichkeit, entfällt, reduziert sich Theologie auf eine Moralistik der Diesseitigkeit. Kirche und christliche Tradition lassen sich nur mehr auf ihre diesseitige Verwertbarkeit für den Vollzug von Politik und Leben befragen und anwenden. Barmherzigkeit und Zuversicht, die aus der Berücksichtigung der metaphysischen Dimension allein erwachsen können, verschwinden. Der unversöhnliche Zwiespalt zwischen Realität und moralischen Wünschen emotionalisiert sich so sehr, daß er entweder die Realität utopisch verschleiern, oder aber unversöhnlich zur Ketzerbeseitigung und zur Inquisition schreitet. Die Polarisierung wird dann unvermeidlich.

Eine weitere Folge dieses moralistischen Ansatzes zeigt sich darin, daß aus der Verkündigung des Evangelium die Freude der frohen Botschaft verschwindet. Die Verkündigung des Engels: „Siehe, ich verkündige Euch große Freude, die allem Volke widerfahren wird, Euch ist heute der Heiland geboren“, verwandelt sich in einen Satz wie: „Siehe, ich verkündige Euch schlimme Zustände, die allem Volk widerfahren sind, Euch ist heute das Verderben geboren und Ihr werdet es finden zwischen Müll und Schrott.“ Die Verkündigung der Freude degeneriert zu einer Verkündigung der Angst und des Zwangs.

Eine weitere Folge ist, daß der moralisierende Ansatz die Herkunft und Wirklichkeit des Bösen nicht mehr voll erkennen kann. Da derjenige, der an einen solchen theologischen Ansatz glaubt, sich selbst in der Gruppe der Gerechten und Heilschaffenden sieht, kann er seine eigenen Sünden und seine eigene Schuld nicht mehr sehen oder nur scheinbar folgenlos bekennen. Der Balken im

eigenen Auge verschwindet zugunsten des Splitters im Auge des Bruders. Daraus resultiert ein Zwang zur objektiven Heuchelei, bei ungebrochenem Bewußtsein subjektiv der guten Sache zu dienen. Aus vielerlei Anlässen werden dann die Sünden der anderen, nur nicht die eigenen erkannt und bekannt. So werden Kränze an den Mahnmalen der Opfer der Tyrannei niedergelegt und zugleich das Bekenntnis abgelegt, es den Fehlern der Alten nicht mehr gleich zu tun. Darüber wird übersehen, wie neue Wege für Tyrannei und moralischen Zwang im Bereich der Politik betrieben werden. Nach dem Evangelisten Matthäus setzt sich Jesus insbesondere im Kapitel 23 mit dem moralistischen Ansatz gesellschaftlichen Denkens und Handelns auseinander. Dort heißt es: „Wehe Euch, Schriftgelehrte und Pharisäer, Ihr Heuchler, die Ihr den Propheten Grabmäler baut und die Gräber der Gerechten schmückt und sprecht, ‚hätten wir zur Zeit unserer Väter gelebt, so wären wir nicht mit ihnen schuldig geworden am Blut der Propheten‘, damit bezeugt Ihr von Euch selbst, daß Ihr Kinder derer seid, die die Propheten getötet haben.“ Mit anderen Worten: Jesus bezeichnet diese Haltung als Heuchelei, schlimmer noch als die Taten der Väter, weil die lebende Generation, obwohl sie es eigentlich wissen müßte, erst recht nicht verstehen will, wogegen das Blut der Propheten anschreit. Bestimmt nicht, um ihre eigene politische Situation und moralische Haltung zu bestätigen, sondern auch um sie selbst in Frage zu stellen und vor die Gerichtsmöglichkeit und den moralischen Anspruch Gottes selbst zu stellen. Die Unfähigkeit, die Wurzeln des Bösen und seine Herkunft zu erkennen, zeigt sich auch darin, daß anstelle des Menschen immer wieder Sachen treten, die angeblich identisch sind mit dem Bösen. Auch hier hat Jesus in seiner großen Pharisäerrede eine deutliche Sprache gesprochen: „Wehe Euch Schriftgelehrte und Pharisäer,

Aus dem Inhalt

Moralismus und Polarisation in der heutigen Gesellschaft	1
Ethische Maßstäbe für die Fortentwicklung der Industriegesellschaft	5
Solidarität – eine Stiefschwester der Liebe	7
Ist die Marktwirtschaft ein gefährlicher Götze?	8
Neue Maßstäbe in der musisch-kulturellen Bildung	9
Mehr Zeit für die Gemeinde: Computer entlasten Pfarrer von Routinearbeiten	10
Namen und Nachrichten	11
Aus unserer Arbeit	12
Buchbesprechungen	15

Ihr Heuchler, die Ihr die Becher und Schüsseln auswendig rein haltet, inwendig aber sind sie voll Raub und Gier. Du blinder Pharisäer, reinige zum ersten, was inwendig im Becher ist, auf das auch das Auswendige rein werde!“ So ist etwa die Debatte um die Rüstung leicht auf diese moralisierende Ebene zu heben, in der geglaubt wird, wenn man bestimmte Waffen abgeschafft habe, wäre das Böse bereits entscheidend getroffen. Das

Zitat:

„Paulus würde heute vor die Mikrofone und die Kameras treten und reden; ein Petrus ließe sich interviewen, und ein Johannes hätte einen Verleger, der seine Schriften unters Volk brächte.“

Kirchenrat Paul Rieger
(über den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche)

Böse jedoch, sagt Jesus, käme aus dem Innern und nicht aus dem Instrumentarium, das der Mensch zur Verfügung hätte. Wenn das Herz des Menschen gut wäre, könnten Atombomben auf der Straße frei herumliegen, es würde nichts geschehen. Die Ursache des Bösen liegt im menschlichen Herzen selbst und nicht im Instrumentarium, dessen sich der Mensch bedient. Aber das Ausweichen auf Instrumentarien erleichtert dem moralistischen Ansatz die Handhabung seines Prinzips, ohne daß er sich dabei selbst und seine Utopie in Frage stellen müßte. Die Folgen des moralistischen Ansatzes ließen sich leicht weiter zeigen anhand der großen Pharisäerrede im 23. Kapitel des Matthäus. Ohne den moralistischen Ansatz bilden sich Gesinnungsgruppen, deren Verkündigungstätigkeiten im wesentlichen darauf zielen, neue Gesinnungsgenossen zu gewinnen. Auch hier sei Jesus zitiert: „Wehe Euch, Ihr Schriftgelehrten und Pharisäer, Ihr Heuchler, die Ihr Land und Meer durchzieht, damit Ihr einen Genossen gewinnt und wenn er's geworden ist, macht Ihr aus ihm ein Kind der Hölle, zwiespaltig mehr, als Ihr seid!“ Die Kritik zielt darauf, daß aus der Verkündigung des Evangeliums ein Verfahren zur Gewinnung von Anhängern wird, nicht aber das zum Zuge kommt, was das Evangelium sagen will: Freude und Erlösung des Menschen.

Die Moralisierung der Wirklichkeit und die Leidenschaft des Ich, darin Sinnfindung zu haben, sind Eigenschaften des im Neuen Testamentes kritisierten Pharisäismus. Nicht die Zöllner und Dirnen haben Jesus gekreuzigt, sondern die Frommen. Die Prophezeiungen Jesu, die den

Untergang Jerusalems voraussagen, sind Anzeigen dafür, daß auch eine ganze Gesellschaft an moralischer Überanstrengung zugrunde gehen kann. Die Wirklichkeit des Lebens, gerade auch die der Politik, bedarf einer tiefer gehenden Sinn-suche, Sinnfrage und Sinndeutung und eines anderen Sinnansatzes, wenn sie nüchtern durchge-standen und bewältigt werden will.

Vom Evangelium her, der Botschaft, die den Menschen zur Freude und zur wahren Befreiung führen will, ist der moralistische Ansatz so weit entfernt wie Heidentum vom Christentum. Das Evangelium befreit den Menschen zum Gebrauch seiner Vernunft und der Moral auf den Feldern, auf denen er Verantwortung zu tragen hat und tragen kann. Es befreit den Menschen zugleich davon, der Weltwirklichkeit und dem Leben mit dem ausschließlichen Prinzip moralistischer Weltbetrachtung und Weltbehandlung begegnen zu müssen. Der Buckel eines Menschen ist nicht breit genug, um die Sünden der Welt zu tragen; nicht einmal seine eigenen vermag er durchzuschleppen. Er ist auf Vergebung angewiesen und eben das kann der moralistische Ansatz nur gewähren, wenn der andere sich „bessert“. Das heißt eben: er kann es nicht gewähren. So sehr das Evangelium auf der einen Seite betont, daß im Verantwortungs- und Handlungsbereich des Menschen die Rechtfertigung seiner Taten nur über die moralische Vernunft erfolgen kann, so sehr betont es auf der anderen Seite, daß die tragenden Elemente seines Lebens im Bereich des Glaubens liegen, im Festhalten daran, daß die Menschen von Gott geliebte Geschöpfe sind und in seinen Händen ruhen und getragen werden. Diese Aussagen lassen sich jedoch nicht mehr durch Vernunft begründen und rechtfertigen. Sie ragen tief hinein in den Bereich des Glaubens. Darum heißt es im Evangelium von den Evangelisten bis hin zu den Aposteln und Briefschreibern, daß ein Mensch, wenn er der Lebenswirklichkeit begegnet und vor ihr bestehen will, sich nur durch Glauben rechtfertigen kann. Das heißt, daß er nur im Glauben daran, ein von Gott geliebtes und gerettetes Wesen zu sein, seine Vernunft durchhalten, Verantwortung durch-tragen und Vergeben erlangen kann und dort, wo die Welterklärung durch moralistische Vernunft nicht mehr ausreicht, nur durch Vertrauen im Glauben an Gott selbst Halt finden kann und soll. Eben dies ist kein politisches Geschäft mehr, sondern Sache der Verkündigung des Evangeliums. Und je näher die Kirche an dieser Aufgabe bleibt und sie durchhält, umso wirksamer ist auch ihr Beitrag für das politische Geschehen in der Welt. Nur von daher lassen sich die tiefen Polarisierungen unserer Tage überwinden.

Anmerkung: Der Autor dieses Beitrages, Paul Rieger, ist Direktor des Evang. Presseverbandes für Bayern e.V.

Ethische Maßstäbe für die Fortentwicklung der Industriegesellschaft

Horst Bürkle

Auf dem CSU-Fachkongreß „Mit Mut und Verantwortung die Zukunft gestalten“ sprach Prof. Dr. Horst Bürkle vom Institut für Religions- und Missionswissenschaften der Universität München über „Ethische Maßstäbe für die Fortentwicklung der Industriegesellschaft“. Er stellt seinen Ausführungen ein Zitat von Antoine de Saint-Exupéry voran, das den Kern der Problemstellung beschreibt:

„Was sind die Jahrhunderte des Zeitalters der Maschine, gemessen an den zweihunderttausend Jahren der Menschheitsgeschichte? Wir sind erst noch dabei, in dem Lande der tiefen Schächte und der riesigen Kraftwerke heimisch zu werden. Wir sind eben erst in das noch unvollendete neue Haus eingezogen. Alles hat sich um uns so schnell geändert, die Beziehungen von Mensch zu Mensch wie die Gesetze von Arbeit und Sitte. Sogar unsere geistigen Wertmaßstäbe sind in ihren tiefsten Tiefen erschüttert. Noch bedeuten die Worte Trennung, Fernsein, Entfernung, Heimkehr dasselbe wie früher und enthalten doch nicht mehr dieselben Gegebenheiten. Um die Welt von heute zu deuten, gebrauchen wir eine Sprache, die für die Welt von gestern geschaffen wurde. Darum scheint uns auch das Leben der Vergangenheit naturgemäßer zu sein, nur weil es unserer Sprache gemäßer ist . . . Wir sind Verbannte, die noch kein neues Vaterland gefunden haben. Wir sind junge Wilde und staunen über unsere neuen Spielsachen.“

Wir Menschen haben also nicht Schritt gehalten mit dem Fortschritt, den uns die Technik ermöglicht hat. Wir hinken in vieler Hinsicht hinterher – nicht nur im Vermögen unserer Sprache, wie Saint-Exupéry meint. Mehr noch betrifft es unsere Orientierungsfähigkeit. Das Orientierung gebende und Sinn vermittelnde Ethos scheint auf der Strecke

geblieben zu sein. Oder sagen wir es anders: Wir tun uns schwer, die Maßstäbe der Väter in die neue, so anders gewordene Welt mitzunehmen und sie erweitert und verändert in Geltung zu setzen. Sie scheinen uns in der modernen Industriegesellschaft wie ein Konfirmandenanzug zu eng geworden zu sein. Wir sind ihnen entwachsen.

Es war aber eben dieses christliche Ethos, das den Menschen ermächtigt hat, diese Industriegesellschaft heraufzuführen. Will man nicht hybride zum Ideologen rassistischer Überlegenheit des Europäertums werden, wird man nach den geistig-geistlichen Grundlagen zu fragen haben, die sie ermöglicht haben.

Zwei entscheidende Quellen sind es, denen sich dieser welterschließende Fortschritt verdankt. Zum einen ist es das „Ermächtigungsgesetz“, durch das der Schöpfer den Menschen mitverantwortlich gestaltend an seine Schöpfung verweist (Gen. 1). Zum anderen ist es jene neue Freiheit, in die Christus den Menschen versetzt hat trotz dessen verkehrten Einstellungen und Abhängigkeiten dem Geschöpflichen gegenüber. Nach ethischen Maßstäben für heute zu fragen, heißt darum, aus dieser doppelten Bestimmung des Menschen heraus Antworten finden.

Ich versuche dies in dreifacher Hinsicht:

„**Homo faber – nicht homo fabricatus**“
(Helmut Thielicke)

Wie kann der Mensch seine Freiheit gegenüber der ihn zunehmend bestimmenden technischen Welt behaupten? Hier befinden wir uns mitten im Spannungsfeld unseres Themas. Die Fortentwicklung der

Industriegesellschaft besteht ja gerade darin, daß sie zunehmend komplettere und entwickeltere Produkte hervorbringt. Der Rhythmus, in dem das neue Modell das gestrige ablöst, wird immer schneller.

Die Spielräume, in denen ich als Mensch noch mitwirkend selber Hand anlegen kann, werden zunehmend enger. Die Fortentwicklung der Industriegesellschaft stellt den Menschen zunehmend frei. Aber – und darin liegt die Ambivalenz des Vorganges – er wird dadurch nicht freier. Der durch die automatischen Abläufe gewonnene Spielraum füllt sich wie von selbst. Die Erfahrung, die wir machen, scheint geradezu umgekehrt zu verlaufen: Je mehr uns abgenommen, sozusagen aus den Händen genommen wird, desto beschäftigt sind wir. Wer morgens in München oder in Paris noch frühstückt, um zum Nachmittagste in New York zu sein und demnächst schon zum Lunch, müßte gegenüber den früheren Ozeanüberquerern eigentlich 14 Tage oder mehr gewonnen haben. Seine Erfahrung aber ist eine umgekehrte: Diese 14 Tage gehören ihm gar nicht mehr. Sie sind im Zeitraffertempo längst verplant und ausgefüllt. Die Industriegesellschaft hat sie längst in dem ihr eigenen Zeitrhythmus überholt. Es gibt sie gar nicht mehr.

Eine Fortentwicklung der Industriegesellschaft wird es darum nur geben, wenn sich der Mensch in seinem Menschsein in ihr behauptet. Der durch Entwicklung und Fortschritt gewonnene Freiheitsraum darf nicht zum neuen Sklavenmarkt selbstgefertigter Abhängigkeiten werden. Wie aber ist das erreichbar? Wie vermag der Mensch den Fortschritt zu gewährleisten, ohne daß aus ihm – dem **homo faber** – der **homo fabricatus**, der von seinen Produkten Ab-

hängiggewordene wird? Aus seiner gotteskindschaftlichen Bestimmung, seinem Schöpfung gestaltenden und entwickelnden „Erstgeburtsrecht“ darf ja nicht der Tausch gegen das „Linsengericht“ einer BRAVE NEW WORLD, um mit Huxley zu sprechen, werden.

Genau hier scheint mir die Orientierungshilfe einer christlich-sozialen Gesellschaftspolitik zu liegen. Die Lösung liegt nicht in vermeintlich gerechteren Strukturen. Nicht im System als solchem kann die Lösung dieser Ambivalenz von Fortschritt und neuer Abhängigkeit angesteuert werden. Maßstab des Fortschritts bleibt der Mensch in seiner geschöpflichen Bestimmung. Auf's Höchste gefährdet und angefochten – meist ohne daß er es wahrnimmt – bleibt er selber der Schutzbedürftige, das angewiesene Geschöpf, das sich Freiheit schenken lassen muß von Gott, um sich nicht an das von ihm selbst Geschaffene zu verlieren.

Der Freiheit des Menschen entspricht die freiheitliche Entwicklung der Industriegesellschaft

Dem Menschen, der sich der von ihm geschaffenen technischen Welt gegenüber als ein freier verhält, entspricht der durch ihn damit gewährleistete freie Spielraum industrieller Fortentwicklung. Im Gegensatz dazu stehen die Doktrinen gelenkter Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme. Sie setzen Maßstäbe – einer bestimmten Vorstellung (Ideologie) entsprungen – nach denen die Fortentwicklung im industriellen Zeitalter vonstatten zu gehen hat. Diesen Gesetzen wird der Mensch eingepaßt. Mit dem Versprechen dereinstiger Freiheit am Ende des Prozesses wird über ihn verfügt. Er wird „sozialisiert“. Jede einzelne technische Errungenschaft muß in diesem Fall zum hinreißenden Faszinosum werden.

Sie bekommt den Rang einer zeichenhaften Vorwegnahme eines verheißenen endgültigen Fortschrittsparadieses. Darum wird sie gefeiert wie eine neue Ermutigung, die über die jetzige Durststrecke

versagter menschlicher Freiheiten hinweghilft. Die Ethik besteht hier in der rigorosen Vollstreckung der Gesetzlichkeit, die diesen Prozeß gewährleisten soll.

Gibt es eine Anfälligkeit diesem System gegenüber?

Es wird sie nur dann geben, wenn der Mensch sich in der ihm gewährten Freiheit gegenüber dem von ihm in dieser Industriegesellschaft Geschaffenen nicht zu behaupten vermag. Das aber ist eine Frage nach verpflichtender Annahme seiner geschöpflichen Bestimmung.

Dafür nur einige Beispiele:

Die Entlastungen, die uns durch technische Fortentwicklung zur Verfügung stehen, eröffnen neue zwischenmenschliche Begegnungsfelder. Sie können Distanzen schrumpfen lassen. Dann aber darf ich die

*Der Mensch
muß sich
in die Natur
schicken lernen,
aber er will,
daß sie sich
in ihn
schicken soll.*

Immanuel Kant

gewonnene Zeit nicht permanent durch immer neue Vorhaben verplanen. Sie muß verfügbar bleiben für das Wichtige – für das bisher Zukurzgekommene – für den bei mir Zukurzgekommenen.

Die Fortentwicklung ethisch sichern

Eine Fortentwicklung der Industriegesellschaft kann es nur geben, wenn die von ihr hervorbrachte Welt der Mittel nicht letzter Wert zu sein beansprucht. Das

wäre im Blick auf den Menschen Rückschritt mitten im produktiven Fortschritt. Die Freiheit im Umgang mit den Gütern bewahren wir dann, wenn sie den Rang des Vorletzten für uns behalten. Ethische Maßstäbe in der Industriegesellschaft entspringen einer Vergewisserung der Werte und Einstellungen, aus denen heraus unsere Väter ihre **industria** – ihren Leistungswillen – entwickeln konnten. Sie huldigten nicht einer „Naturreligion“, für die das Heil in den Dingen, im Geschaffenen selber liegt.

Das Produzierte gehörte für sie zu den Schätzen, die rosten – und das im Unterschied zu dem Schatz im Himmel, dem sie ihre Freiheit dem Geschaffenen gegenüber verdankten.

Die Fortentwicklung der Industriegesellschaft wird mit davon abhängen, ob unter uns die Tugend der **industria** lebendig bleibt. Daß wir im Schweiß unseres Angesichtes unser Brot verdienen, gilt auch dort noch, wo die Welt voller Automaten steht. Die Bereitschaft, zur Fortentwicklung beizutragen – in welcher Form auch immer – der Wille zur Leistung gehört dazu. Der Versorgungs- und der Verteilerstaat widersprechen diesem Ethos.

Genau hier liegt die Gefahr einer Industriegesellschaft, die dafür fortschreitend weniger Anlässe bietet. Aber es wird zunehmend mehr Nischen geben, in denen jenseits des herkömmlichen Arbeitsmarktes Bereitschaft und Einsatz des einzelnen gefragt sein werden. Die gespannte Frustration unserer jungen Generation ist eine ungeheure Herausforderung für unsere Industriegesellschaft in folgendem Sinne: Läßt sich die Tugend der **industria** auf Feldern aktivieren, die von der Fortentwicklung der automatisierten Industrielwelt nicht abgedeckt werden? Können diese auch als lohnfähige Tätigkeitsfelder einbezogen werden? Die Würde des Menschen und damit der Fortschritt der Industriegesellschaft hängen davon ab, daß der Wille zur Tugend der Leistung nicht ertötet wird.

Dasselbe Problem taucht noch einmal im globalen Maßstab auf. Eine Fortentwicklung der Industriegesellschaft wird es kaum ohne Einbeziehung der nicht-industrialisierten Menschheit geben. Sie wollen Partner werden und nicht Versorgungsempfänger bleiben. Die Dinge hängen auf das Engste zusammen. Hier sage ich nichts Neues. Für eine Industriegesellschaft, die nur noch für sich selber produziert, kann es keine Fortentwicklung geben. Sie muß wie ein schlecht funktionierendes Geschäft

auf ihren Produkten sitzen bleiben. Was aber ein einsichtiges Gesetz einer integrierten Volkswirtschaft ist, hat doch seinen tiefen ethischen Hintergrund. Fortentwicklung – bei welchen markanten Unterschieden und in welchen zeitlichen Abständen auch immer – kann es nicht nur partiell geben. Die Einheit des Menschengeschlechtes gilt auch hier. Dann aber stimmt die irreführende Parole nicht, daß die Armen in dieser Welt immer ärmer werden müssen, weil die Reichen immer reicher werden. In der weiteren Fortent-

wicklung der hochentwickelten Industriegesellschaft liegt vielmehr die Hoffnung für alle. Sie ist die einzige Chance, daß die in diesem Prozeß noch zurückliegenden Nationen Anschluß durch partnerschaftliche Beteiligung gewinnen können. Der ethische Maßstab liegt aber auch hier nicht in einer Rentabilitätsrechnung und in Absatzmarktprognosen. Er ist die Erweiterung des Prinzips verantwortlicher Nächstenschaft im Sinne von Teilgabe und Teilnahme in dem Raum internationaler Verflechtung.

Solidarität – eine Stiefschwester der Liebe

Erwin Ortmann

Auf dem kräftigen Boden der Solidarität wachsen oft wilde Vorurteile, wird Haß gesät und die harte Schelte des Gegners wird als starke Klammer für die eigene Organisation benutzt. Wie können Christen in einer solchen Situation das Salz ihrer Organisation, Salz der Gesellschaft sein?

Erwin Ortmann, Pressesprecher des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer, versucht hierauf eine Antwort zu geben.

Die biblische Botschaft sagt, daß einer des anderen Last tragen soll, den Nächsten lieben wie sich selbst. Christus hat dem Tode die Macht genommen, uns frei gemacht zum Leben hier auf Erden. Frei gemacht zur Bewältigung der Probleme, zur Versöhnung und zur Reform unserer Verhältnisse.

Das ist auch die Botschaft der Christen, die innerhalb der organisierten Gruppen unserer Gesellschaft tätig sind. Wer aber diese Botschaft ernst nimmt, stößt zunehmend, innerhalb der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zum Beispiel, auf Kälte, Überheblichkeit und auf das Verlangen nach mehr Macht.

Wie kann die Sünde benannt werden, die in diesen Organisationen fast nur die nackten Interessen

hochkommen läßt, auf der Hand liegende Gemeinsamkeiten aber immer wieder zerstört?

Die Sünde der organisierten Gruppen in unserer Gesellschaft ist ihre Überzeugung und Selbstgerechtigkeit, alle gesellschaftlich wirksamen Übel gingen von ihren Gegenspielern aus. – Diejenigen aber, die in ihren Verbänden eine solche Politik durchsetzen, schalten dadurch Liebe, Versöhnung und Hoffnung aus, die großen Kräfte und Werte christlichen Glaubens und christlich geprägter Kultur.

Die Solidarität ist eine Stiefschwester der christlich gebotenen Liebe. Jeder Verband strebt die Solidarisierung seiner Mitglieder an, und oft wird sie als die gebotene Brüderlichkeit ausgegeben. In Konfliktfällen aber wird ebenso oft sichtbar, daß auf dem kräftigen Boden der Solidarität wilde Vorurteile wachsen, auch Haß gesät wird und Gegnerschelte als die starke Klammer benutzt wird.

Hier liegt ein Grund, weshalb die Kraft der Solidarität in unseren Tagen schwächer wurde. Wer ein Instrument zu oft einseitig benutzt, dem setzt der Verschleiß natürliche Grenzen.



Copyright: Poly-Press, Bonn

Wer aber kann die Sünde der gesellschaftlich wichtigen Organisationen benennen, ihre Selbstgerechtigkeit, ihren Umgang mit der Solidarität ihrer Mitglieder?

Die Christen innerhalb einer Organisation sind manchmal zu sehr eingebunden, oft sind sie auch betriebsblind. Sie sind deshalb auf **Gemeinschaft innerhalb der Organisation** angewiesen, und sie brauchen die **Anregungen unabhängiger Beobachter**. Beides – brüderliche Gemeinschaft und Anregungen von außen sind notwendig, um innerhalb einer gesellschaftlichen Organisation eine relative christliche Unabhängigkeit wachsen zu lassen.

Hilfestellung von außen. – Die kann zum Beispiel erwartet werden von kirchlichen Organisationen, Ämtern und Institutionen. Relativ unabhängige Beobachtung und Hilfe könnten hier leisten der **Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer** mit seinen Gruppierungen. (Ev. Arbeitnehmer-Bewegung, Ev. Arbeitnehmerschaft). Weiterhin die evangelische Industrie- und Sozialarbeit mit ihren Ämtern und Funktionen.

Voraussetzung hierzu ist aber eine relative Unabhängigkeit dieser Verbände und Ämter. Nur auf dieser Basis hätten sie die Chance gehört zu werden, Mißverständnisse abzubauen, Verständnis und Kooperation wachsen zu lassen.

Relative Unabhängigkeit ist das Gegenteil von einseitig gebundener Parteinahme.

In der Weimarer Republik fehlten die unabhängigen kirchlichen Instrumente, mit denen konkrete gesellschaftliche Beobachtung möglich war. Nach dem Zweiten Welt-

krieg und der Teilung Deutschlands haben dann neugegründete Aktionsgemeinschaften und Ämter mit dazu geholfen, einen Austausch der Gedanken und eine gewisse **Zusammenarbeit** zwischen den Sozialpartnern herbeizuführen. Verständnis und Hoffnung konnten sich entfalten.

Versöhnung stiften, Entfremdung zwischen den organisierten Kräften in Hoffnung umwandeln, diese erworbene und in den vergangenen Jahrzehnten erlittene Fähigkeit scheint ihre Kraft wieder zu verlieren. Statt dessen wird an einigen Stellen in der Kirche offene Parteinahme gefordert und praktiziert. Oftmals gut begründet, aber mit schmalen, selbstgezimmernten Theologien untermauert.

Hier ist Erinnerung angebracht. Die Zeiten von „Thron und Altar“ sollten doch viele Augen geöffnet haben. Das damalige Eintreten für Recht und Ordnung durch die Starken in der Gesellschaft machte Gemeinden und Synoden oftmals

unfähig zur unabhängigen Beobachtung, das „Salz der Gesellschaft“ war ohne Kraft.

Was öffnet die Augen und Ohren der Mächtigen in den gesellschaftlichen Organisationen? Mit einiger Sicherheit: begründetes Reden und Handeln auf dem Boden einer relativen Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit öffnet auch Wege für die Schwachen außerhalb der mächtigen Gruppen.

Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber der Umschlag der Ideen in verhängnisvolle Ideologien. Da stehen wir mitten drin. Christen sind gefordert, das Salz in der Gesellschaft zu sein.

Hinweis der Redaktion: Die Evangelische Arbeitnehmer Bewegung (EAB) hat ein neues regelmäßiges Publikationsorgan, die „Rundschau“. Diese Zeitschrift bietet, so der verantwortliche Redakteur, Erwin Ortman, geistliche Erfahrung und handfeste Lebenswirklichkeit und gibt mehr Antworten als sie Fragen stellt. Ziel ist es, in die Gemeinden und in den Berufsalltag hineinzuwirken. Anschrift der Redaktion: Erwin Ortman, Hunsrückstraße 8, 5000 Köln 60.

Ist die Marktwirtschaft ein gefährlicher Götze?

Arbeitgeber und Arbeitnehmer weisen Kritik des EMW-Direktors zurück

Mit scharfem Widerspruch haben Repräsentanten evangelischer Arbeitnehmer wie Arbeitgeber und ein Ratsmitglied der EKD, der Unternehmer Helmut Müller (Marburg), auf Äußerungen des Direktors des überregionalen Evangelischen Missionswerks (EMW), Martin Lehmann-Habeck (Hamburg), zur Marktwirtschaft reagiert. Lehmann-Habeck hatte in der Zeitschrift seines Werkes die „sogenannte freie Marktwirtschaft“ in den westlichen Ländern als gefährlichen „Götzen“ bezeichnet, der zur industriellen Vergiftung der Umwelt, Massen von Kriegstoten, Unterwerfung bis Ausrottung zahlloser Völker und Menschenopfern „in Millionenhöhe“ in der Dritten Welt geführt habe. Wie Müller im Gespräch mit idea, dem Informations-

dienst der Evangelischen Allianz, sagte, zeuge Lehmann-Habecks Kommentar „von einem Maß an Unkenntnis über wirtschaftliche Zusammenhänge und einem Mangel an Einsicht in die Realitäten unserer Welt, daß man erschrecken muß: Vom Direktor eines Evangelischen Missionswerkes sollte man ein anderes Niveau erwarten.“ Die Soziale Marktwirtschaft sei eine „höchst effiziente Wirtschaftsordnung, der wir es immerhin zu verdanken haben, daß allein von der Bundesrepublik Deutschland wesentlich mehr Hilfe an die Dritte Welt fließt als aus allen sozialistischen Industrienationen zusammen“. Auch die Kirchensteuergelder, die das Missionswerk in zahlreiche Länder weiterleite, seien ein Ertrag dieses Systems. Man müsse

daher fragen, „warum Herr Lehmann-Habeck mit einer solchen Verbissenheit an dem Ast sägt, auf dem sein ganzes Werk mitsamt seinen Partnern in der Dritten Welt sitzt“. Dem Missionswerk gehören die EKD sowie landes- und freikirchliche Missionen an.

Ein „recht wirrer Diskussionsbeitrag“

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer, Max Dietrich Kley (Marl), bezeichnete Lehmann-Habecks Kommentar als „recht wirren Diskussionsbeitrag“. Die Soziale Marktwirtschaft könne mit ihrer Leistungsfähigkeit „gerade die Bedürfnisse der Armen und Schwachen noch am besten erfüllen“.

Zitronenbäume in Grönland

Wolfgang Schifner, Vorsitzender des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer, meinte, auch ein Sprachathlet wie Herr Lehmann-Habeck sollte zuerst Fakten befragen bevor er behauptet, die sogenannte freie Marktwirtschaft würde bei uns als ein Götze angeboten. Eine freischwebende Marktwirtschaft hat es in Deutschland selbst in grauer Vorzeit nicht gegeben.

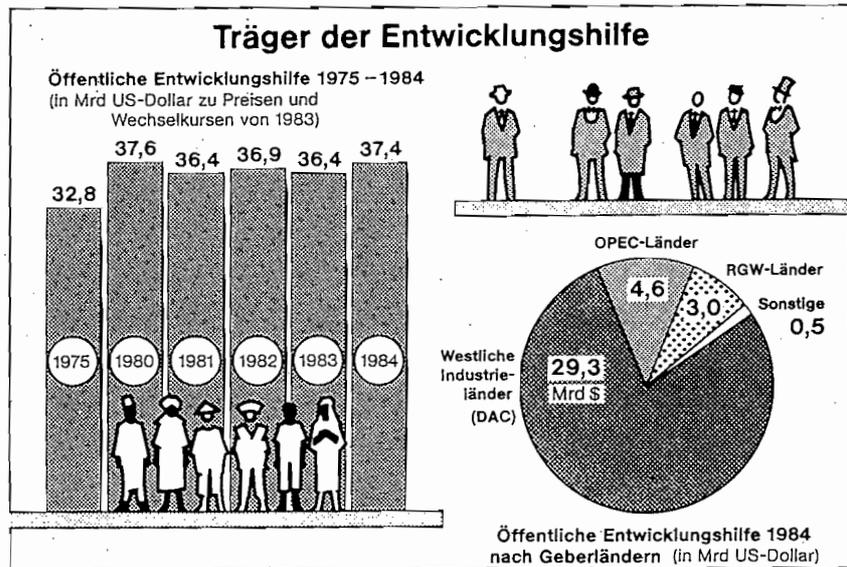
Wir sind von den Vorteilen der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt. Es gibt kein vollkommenes Wirtschaftssystem, aber die wichtigen Merkmale einer Bilanz wie Lebensstandard oder gesundheitliche Vorsorge, sind für uns objektive Kennzeichen der Beurteilung.

Der Markt ist kein Götze, der Markt sind wir, die Verbraucher und Käufer der Produkte. Hier hat jeder einzelne seine Verantwortung vor Gott und den Menschen. – Sozialgesetze und Vorschriften garantieren und verhelfen zu einem bestimmten Maß an sozialer Sicherheit. Die Soziale Marktwirtschaft hat eine Fülle solcher Gesetze möglich gemacht, das ist unser

Maßstab. (Das wird besonders denen deutlich, die heute einen Betrieb gründen oder ihn ausweiten wollen.)

Unsere Zustimmung schließt nicht aus, daß die Soziale Marktwirtschaft noch weiterer Verbesserungen bedarf, zum Beispiel im Hinblick auf die Dritte Welt. Dort sollte sie fortentwickelt werden, um sozialen Ausgleich und Partnerschaft voranzubringen.

Ohne die marktwirtschaftlich organisierten Staaten des freien Westens wären viele Länder der Dritten Welt und des Ostblocks inzwischen nachhaltig durch Hunger geschädigt worden. Was Direktor Lehmann-Habeck zu der Größe eines Himalaja aufpustet, ist nicht einmal ein Maulwurfshügel. Es gleicht dem Versuch, den Grönländern vorzuwerfen, sie pflanzten keine Zitronenbäume an.



Während 1984 die westlichen Industriestaaten 78 Prozent der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt aufbrachten, stammten nur 8 Prozent (meist Militärhilfe) von der Sowjetunion und ihren europäischen Verbündeten (RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)

Neue Maßstäbe in der musisch-kulturellen Bildung

Klaus Daweke

In der Öffentlichkeit wird immer wieder kritisiert, daß die musisch-kulturelle Bildung in Schulen und Hochschulen zu kurz kommt. Phantasie und Kreativität verkümmern, es dominieren die kognitiven Anforderungen. Die jetzt vorliegende Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Förderung von Kunst und Kultur im Bildungswesen zeigt, daß sie das Problem in seiner Tragweite erkannt hat. Sie ist bestrebt, vorhandene Ansätze zur Stärkung der musisch-kulturellen Bildung – soweit es nach der bestehenden Kompetenzverteilung zwi-

schen Bund und Ländern möglich ist – zu unterstützen. Außerdem will sie neue Ansätze und Planungen fördern.

Seit 1984 hat die Bundesregierung verschiedene Modellversuche angeregt und gefördert, die die Zusammenarbeit von Schulen mit kulturellen Einrichtungen und Künstlern zum Ziel haben. Besonders das „Förderungsprogramm Bildung und Kultur“ ist da zu nennen, mit dem neue Formen der kulturellen Bildung daraufhin getestet werden, ob sie eine **aktivere Teilnahme von Kindern, Jugendlichen und**

Erwachsenen bewirken können. Drei Millionen Mark Bundesmittel werden hier eingesetzt.

Mit 1,5 Millionen Mark fördert die Bundesregierung die Bundesakademie für Musikalische Jugendbildung in Trossingen, welche neue Bildungsprogramme im Rahmen eines Modellversuchs erprobt. Bundesmittel in Höhe von einer Million Mark erhält das internationale Jugendkulturzentrum in Bayreuth. Hier wird ein Modellversuch zur Verbesserung der kulturellen Situation der Jugend auf dem Lande durchgeführt. Weitere Modell-



Klaus Daweke, MdB

versuche werden im Rahmen der studentischen Kulturarbeit gefördert.

Neben dem seit 1980 laufenden bundesweiten Wettbewerb „Schüler machen Theater“ hat die Bundesregierung seit 1984 drei weitere Bundeswettbewerbe ins Leben gerufen: „Schüler machen Lieder“, „Schüler schreiben“, „Schüler komponieren“.

Das ist nur ein Ausschnitt aus einer Vielzahl von Projekten, mit denen eine Verbesserung der kulturellen Bildung erreicht werden soll. Sie werden in den nächsten Jahren fortgesetzt werden: Für die Förderung von Modellversuchen, Wettbewerben, Forschungsvorhaben und sonstigen Projekten sind

jährlich rund 5,5 Millionen Mark vorgesehen.

All dies wird aber nur zu den Erfolgen führen, wenn in den Ländern die musisch-kulturelle Bildung als wesentlicher Teil der Allgemeinbildung gestärkt wird. Schulen und Hochschulen müssen zu kulturellen Kristallisationspunkten ihrer jeweiligen Region ausgebaut werden, in den Einrichtungen der beruflichen Bildung muß die Kreativität gefördert werden. **Und das kulturelle Engagement der Jugendlichen im unmittelbaren Umfeld der Schulen bedarf dringend der Unterstützung.**

Anmerkung: Klaus Daweke ist der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mehr Zeit für die Gemeinde: Computer entlasten Pfarrer von Routinearbeiten

Etwa 3.000 Menschen zählt in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt eine Kirchengemeinde. In den großen Städten sind es nicht selten bis zu 6.000 Seelen, für die der Pfarrer rund um die Uhr ein offenes Ohr haben soll. Den wenigsten Pfarrern steht den ganzen Tag eine Sekretärin zur Seite, die ihnen Schreib-, Routine- oder Verwaltungsaufgaben abnehmen kann. Nach einigem Zögern beginnen nun nicht nur die Pfarrer der jüngeren Generation, Computerhilfe in Anspruch zu nehmen, um dafür die persönlichen Kontakte zu ihren Gemeindegliedern besser pflegen zu können.

Die „intelligente“ Kartei

Das „elektronische Gedächtnis“ hat schon in manchen Gemeinden die alten Karteikarten abgelöst und erinnert den Pfarrer nun zum Beispiel daran, daß noch ein Glückwunschbesuch zur Goldenen Hochzeit oder ein Brief zum 50. Geburtstag eines Gemeindeglieds aussteht. Der Computer kennt natürlich Adresse und Telefonnummer der Jubilanten und hat sogar einen

Briefentwurf parat, den der Pfarrer in wenigen Minuten individuell ändern und automatisch schreiben lassen kann. Der Computer druckt in beliebiger Anzahl die Einladungen für das Gemeindefest und sogar die entsprechenden Adressenaufkleber. Selbst die lästige Finanzbuchhaltung – so lange sie nicht von den Verwaltungszentralen erledigt wird – kann zu großen Teilen dem Computer anvertraut werden, der die Beträge zum Beispiel erfaßt und Quittungen ausstellt. Von diesen wichtigen, aber zeitraubenden Arbeiten erlöst, bleiben dem Pfarrer und seinen Mitarbeitern mehr Zeit zum Gespräch mit dem einzelnen.

Gedankenstütze für die Predigt

Auch die Sonntagspredigt kann mit Hilfe des Bildschirms entstehen. Neue Gedanken können problemlos in die einmal eingegebene Urfassung eingearbeitet werden. Erst wenn alles korrigiert ist, wird der endgültige Text ausgegeben – so oft und wann immer man es möch-

te. Ein elektronisches Archiv ist für heute bei der Erarbeitung der Predigt eine wichtige Gedankenstütze. Jeder Pfarrer kann eigene Informationen nach Stichwörtern speichern und jederzeit „nachschnellen“. Textkritik oder historische Daten zur Bibel stehen

Unsere Autoren:

Kirchenrat
Paul Rieger
Birkerstraße 22
8000 München

Professor Horst Bürkle
Schellingstraße 3
8000 München

Erwin Ortman
Hunsrückstraße 8
5000 Köln 60

Klaus Daweke, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Thomes Merten
idea
Postfach 1820
6330 Wetzlar

als vom Computer lesbare Arbeitsmittel zur Verfügung. Das Angebot wächst täglich: die deutsche Bibelgesellschaft bereitet zur Zeit den Vollständigen Bibeltext abrufbereit auf Disketten vor.

Durch Datenfernübertragung mit dem ohnehin vorhandenen Telefon und einem Computer lassen sich Predigthilfen oder kirchliche Kommentare zu wichtigen Tagesthemen minutenschnell so verschicken, daß ein Empfänger sie auf seinem Bildschirm sofort wiederfindet. Der

oft bürokratisch langsame Dienstweg läßt sich so um ein Vielfaches beschleunigen.

CHRIC – Einigkeit macht stark

Seit eineinhalb Jahren gibt es CHRIC, die Christliche Interessengemeinschaft für Computeranwendung. Werner Küstenmacher, Medienreferent im Evangelischen Presseverband für Bayern, hat sie ins Leben gerufen. Es gilt, die Ein-

zelinitiativen zu koordinieren. Denn auch bei der Computeranwendung gilt: Einigkeit macht stark. Bei entsprechender Abstimmung werden die mit Computern ausgerüsteten Pfarrämter bald Informationen untereinander austauschen können, haben die Möglichkeit, von Kollegen erstellte Programme für eigene Zwecke zu nutzen.

Quelle: Pressedienst für konfessionelle Medien, IBM, 7000 Stuttgart.

Namen und Nachrichten

Über 20 evangelische Persönlichkeiten beim Katholikentag

Zahlreiche Persönlichkeiten aus der evangelischen Kirche wirken beim 89. Deutschen Katholikentag vom 10. bis 14. September 1986 in Aachen mit. Dazu gehören neben dem EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Martin Kruse, dem rheinischen Präses Gerhard Brandt, der Kirchentagspräsidentin Eleonore von Rotenhan und Dr. Klaus von Bismarck auch der Präses der EKD-Synode, Dr. Jürgen Schmude, die EKD-Synodale Liselotte Funcke und das rheinische Kirchenleitungsmitglied Dr. Horst Waffenschmidt.

Ausweisung eines katholischen Bischofs nicht erwähnenswert?

Das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes verurteilte auf seiner Abschlußsitzung in München die finanzielle und militärische Unterstützung der Contras durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegen die sandinistische Regierung von Nicaragua. Der Lutherische Weltbund fühlt sich verpflichtet, darüber seine Enttäuschung zum Ausdruck zu bringen. Zur Ausweisung des katholischen Bischofs Pablo Antonio Vega durch die Sandinisten nahm das Exekutivkomitee mit keinem Wort Stellung.

Karl Carstens übernimmt Vorsitz des Rates der Älteren in der Union

Zum Vorsitzenden des Rates der Älteren in der Union ist Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Karl Carstens gewählt worden. Er ist Nachfolger des verstorbenen CDU-Politikers Eugen Gerstenmaier. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, hat dem früheren Staatsoberhaupt zur Wahl die besten Wünsche übermittelt. Der Bundeskanzler, der den Altbundespräsidenten zur regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstandes eingeladen hat, freut sich

auf „eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit“ und schreibt in seinem Brief unter anderem:

„Ihre umfassenden Erfahrungen aus Politik und Gesellschaft werden der CDU stets willkommen sein, wie wir überhaupt dem klugen Rat der Älteren in der Union auch unter Ihrem Vorgänger, Herrn Prof. Eugen Gerstenmaier, immer gern mit großer Achtung vor ihrer Lebenserfahrung und Weisheit gefolgt sind.“

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit einmalig in der Welt

Als einmalig in der Welt hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche in der Bundesrepublik bezeichnet. Bei einem Besuch des Evangelischen Missionswerkes im bayerischen Neuendettelsau sagte Warnke, das Prinzip, daß die Kirche staatliche Entwicklungshilfegelder annehmen könne, ohne dadurch zum ausführenden Organ des Staates zu werden, sei eine „solide Basis“. Ebenso bewährt habe sich die Vereinbarung, daß staatliche Gelder nicht für Missionszwecke eingesetzt werden dürfen.

Helmut Schmidt warnt vor übereiltem Ausstieg aus der Atomkraft

In der Marktkirche in Hannover warnte der frühere Bundeskanzler vor einem übereilten Ausstieg aus der Atomkraft. Auch die Elektrizitätsgewinnung mit Hilfe von Kohle, Gas und Öl sei mit großen Risiken verknüpft, sagte er in einem Vortrag über „Christliche Ethik und politische Verantwortung“. Entscheidungen über die Kernenergie müßten vernünftig abgewogen sein. Im vergangenen Jahr seien kohlenwasserstoffgeheizte Kraftwerke abgelehnt worden, weil sie das Waldsterben auslösten. In diesem Jahr sei es „in Mode, gegen Kernenergie zu schimpfen“, kritisierte Schmidt.

Aus unserer Arbeit

EAK für ganz Nordrhein-Westfalen

Essen. Fusionsversammlung der Ev. Arbeitskreise der CDU.

Die Evangelischen Arbeitskreise der CDU Rheinland und Westfalen-Lippe haben sich bei ihrer ersten gemeinsamen Landestagung im Essener Saalbau zu einem Landesverband zusammengeschlossen. Vorsitzender des neuen EAK Nordrhein-Westfalen wurde Landtags-Vizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** (Düsseldorf). Er setzte sich bei den Wahlen mit knapper Mehrheit gegen den bisherigen Vorsitzenden des EAK Westfalen-Lippe, **Dr. Gerhard Rödding** MdL, durch.

Die Mitglieder der Arbeitskreise erwarten von dieser Verbindung eine starke gemeinsame Plattform aller evangelischen Christen sowie „mehr Miteinander und weniger Reibereien“. Bei seinem Referat über die Erwartung der Kirchen an die CDU in Nordrhein-Westfalen fragte der Beauftragte der rheinischen Kirchenleitung bei der Landesregierung, Kirchenrat **Helmut Koegel-Dorfs**, nach dem politischen Auftrag der Kirche und der Wahrhaftigkeit in der Politik. Staatsminister **Friedrich Vogel** (Bonn) sprach von den notwendigen Wertentscheidungen in der Politik für den „Frieden in Freiheit“, für die „Westbindung Deutschlands“ und das „Offenhalten der deutschen Frage“ bis zu einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung. Parlamentarischer Staatssekretär **Dr. Horst Waffenschmidt** (Bonn) referierte über die „Politik der Erneuerung“.

Zur Eröffnung der Landesversammlung erklärte **Dr. Hans-Ulrich Klose**:

Wir haben uns heute in Essen, dem Herzen des Ruhrgebiets, getroffen, um den Evangelischen Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen zu gründen. Am 8. März dieses Jahres haben wir in Düsseldorf den gemeinsamen Landesverband der CDU in unserem Lande errichtet. Gräben wurden zugeschüttet, ein neues Haus der Union gebaut. Dieses gilt es mit dem Leben zu erfüllen. Zu diesem Auftrag haben wir den evangelischen Beitrag zu leisten. Diesen Weg wollen die Evangelischen Arbeitskreise der CDU Westfalen-Lippe und der CDU des Rheinlandes gemeinsam beginnen.

Der Evangelische Arbeitskreis war in der CDU stets ein Ort des geistigen Aufbruchs. Politische, gesellschaftliche und vor allem ethische Herausforderungen wurden im Evangelischen Arbeitskreis häufig eher wahrgenommen als in der Partei selbst. Im Rheinland wie in Westfalen

waren evangelische Christen unmittelbar nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an der Gründung der politischen Union der Christen beider großen Konfessionen beteiligt. Sie waren Geburtshelfer einer revolutionären Idee der politischen Ökumene. Diese Gabe bringen wir gemeinsam ein, aus dem Rheinland eine fast vier Jahrzehnte währende Tradition. Sie hat Früchte getragen für die CDU, sie hat sich bewährt auf vielen Deutschen Evangelischen Kirchentagen, sie war der Grund, auf dem sich Begegnungen zwischen Politik und Kirche, zum Beispiel auf ungezählten Akademietagungen, entfalten konnten.

Deshalb schließt der Blick in die Vergangenheit die Erinnerung an zahlreiche große evangelische Persönlichkeiten wie **Hellmut Lauffs**, den Gründer des rheinischen Arbeitskreises, **Gerhard Schröder**, den langjährigen Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, und **Otto Flehnhans**, meinen Vorgänger im Landesvorsitz, ein. Sie haben uns Beispiel für die Gegenwart und Zukunft gegeben. Wir danken ihnen dafür. Darum beschleicht und wohl alle etwas Wehmut, wenn wir das alte Gebäude verlassen, um in ein neues Haus zu ziehen. Aber da wir nicht mit leeren Händen kommen, zum Beispiel eine in den siebziger Jahren im ganzen Landesverband gegründete Kreisorganisation mitbringen, kommen wir zuversichtlich. Die Erwartungen sind groß, die Hoffnungen auf eine gute gemeinsame Arbeit aber auch.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen braucht den Evangelischen Arbeitskreis, wenn sie ihren Beitrag zu einer auch unser Land Nordrhein-Westfalen erfassenden **Politik der Erneuerung** leisten will. Die Regierungskoalition der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine Politik der geistigen Wende eingeleitet. Der Maßstab der Verantwortung wurde Richtpunkt für eine Finanz-, Haushalts- und Familienpolitik, kommende Generationen wurden von den Lasten der Gegenwart befreit. Hoffnungslosigkeit und Resignation der Menschen wichen neuer Zuversicht. Wir müssen dafür kämpfen, daß auch Nordrhein-Westfalen an diesem Weg teilnimmt. Dies heißt, endlich die politische Verantwortung zurückzugewinnen. Auch das Ruhrgebiet muß aus der lähmenden Stagnation sozialistischer Machtstrukturen erlöst werden, damit sich selbstverantwortetes Handeln und solidarisches Fühlen wieder frei entfalten können.

Die CDU hat sich mit dem „C“ im Namen als Partei ausgewiesen, die das christliche Bild vom Menschen zum Maßstab für ihr

politisches Handeln und damit ihrer politischen Verantwortung gesetzt hat. Sie muß sich immer wieder fragen lassen, ob sie diesem Anspruch gerecht wird. Dies ist herausfordernd für eine Partei, die sich als Volkspartei an alle Schichten und Interessen wenden muß, um die Mehrheit der Stimmen zu erlangen. Das Wagnis ist noch größer, wenn man bedenkt, daß sich eine von christlichen Wertvorstellungen geprägte Partei an eine Gesellschaft wendet, die in den letzten zwei Jahrzehnten von einem Säkularisierungsschub gezeichnet ist, der aus einer von traditionell christlichen Denkweisen bestimmten Volksgemeinschaft eine Gesellschaft entstehen ließ, der sich die Kirchen missionarisch zuwenden müssen. Diese Herausforderung muß die CDU gewinnen, wenn sie ihre Identität nicht verlieren will und wenn sie den Anspruch auf geistig politische Führung nicht verspielen will. Der Evangelische Arbeitskreis ist einer der wichtigsten Stränge, der zu den Wurzeln an christlichen Wertmaßstäben orientierten Politik führt. Ihn zu kappen, weil man die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises für zurückgebliebene konfessionelle Sektierer hält, hieße, die Union von einer ihrer geistigen Kraftquellen abzuschneiden. Deshalb ist der Aufbau einer das gesamte Land erfassenden Organisation des Evangelischen Arbeitskreises unverzüglich geboten. Wir erwarten hierbei die uneingeschränkte Unterstützung der CDU Nordrhein-Westfalen.

Die CDU braucht das ständige Gespräch mit den Kirchen. Der Evangelische Arbeitskreis ist der Partner der evangelischen Kirche. Der Evangelische Arbeitskreis Nordrhein-Westfalen wird künftig der Gesprächspartner der drei evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen sein: der Lippischen Landeskirche, der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen. Wir bitten um freundschaftliche, einander helfende Begegnung. Hierzu stelle ich unmißverständlich fest:

Unsere Kirche hat, wenn sie das Evangelium verkündet, politische Verantwortung. Diesen Öffentlichkeitsauftrag muß sie ungekürzt erfüllen dürfen. Weder der Staat noch eine politische Partei oder andere soziale Großorganisationen dürfen sie daran hindern. Auch der demokratische Staat lebt von dieser Freiheit der Kirche, das Wort Gottes öffentlich sagen zu können. Aber wir bitten darum, daß die Ämter und Institutionen der Kirchen, diesen Auftrag dem Wesen der Verkündigung entsprechend zu erfüllen, den Politiker zu verantwortlichem Handeln und Reden zu ermahnen, nicht aber die Aus-

sagen der Heiligen Schrift zum Rezeptbuch für Entscheidungen zu mißbrauchen, die ausschließlich in politischer Verantwortung getroffen werden müssen. Wo die Kirche politische Macht geltend machen will, begibt sie sich in die Gefahr des Klerikalismus. Gerade diesen hat die Reformation zu überwinden versucht, darin liegt ihr besonderer Beitrag zur Entwicklung einer politischen Kultur in Deutschland.

Gemeinsam für Kirche und Partei stellt sich dem Evangelischen Arbeitskreis die Aufgabe, daran mitzuwirken, daß die politischen Entscheidungen, die der rasante gesellschaftliche, wissenschaftliche und technische Fortschritt verlangt, nicht leichtfertig, sondern verantwortlich, d. h. mit oder durch Abwägen des Fortschritts in seiner positiven Bestimmung und seiner Risiken und Gefahren getroffen werden. Was für die technologische Herausforderung gilt, ist bald noch wichtiger für die Frage, wie wir es erreichen, daß unsere offene demokratische Gesellschaft, die Informationen und Fehlinformationen der Massenmedien nahezu ungeschützt ausgeliefert ist, lernt, auch gefährliche Risiken besonnen zu bewältigen. Angst, wenn sie sich zur Hysterie steigert, verhindert jede vernünftige Lösung eines Problems. Es gibt kein Problem in unseren Tagen, das nicht mit Vernunft und Menschlichkeit lösbar wäre. Wir werden dieser Verantwortung gerecht, wenn wir durch klare, besonnene politische Entscheidungen bereits den Funken der Angst austreten, bevor sich das Feuer zum Flächenbrand ausweitet.

Schließlich ist dem neuen Landesverband eine besondere Verpflichtung dafür auferlegt, daß das geistige Band zu den evangelischen Christen in Mitteld Deutschland gestärkt wird. Es liegt im nationalen Interesse, wenn wir an dem Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Einheit glaubhaft festhalten wollen. Mehr noch ist es Ausdruck wirklicher, nicht nur schlagwortartig formulierter Solidarität mit unseren christlichen Schwestern und Brüdern, wenn wir sie in unseren Gedanken, unserem Tun, vor allem im Gebet nicht allein lassen. Besuche sollten unser erstes Programm sein.

Das politische Klima ist in unserem Lande kälter geworden. Das gilt nicht nur für den politischen Kampf der Parteien. Es ist auch in der eigenen politischen Familie zu spüren. Personelle Entscheidungen überlagern notwendige Lösungen in Sachfragen. Die Menschen spüren dies und wenden sich vom politischen Geschehen enttäuscht ab. Wir haben allen Grund, auf unsere seit fast vier Jahrzehnten bestehende rechtsstaatliche und demokratische Ordnung stolz zu sein. Ein gesundes Selbstbewußtsein ist begründet. Aber auch eine demokratische Gesellschaft wird auf Dauer nur bestehen, wenn in ihr eine Kultur des Herzens und der Gesinnung eine Chance hat. Für mich war der

Evangelische Arbeitskreis stets ein Raum fairer und offener Begegnung, freundschaftlichen und fairen Gesprächs. Ich wünsche mir, daß dieser Geist unseren neuen Landesverband beherrscht und ausstrahlt in die gesamte Union und zu einem neuen Aufbruch führt. In diesem Sinne Glück Auf!

Hinweis der Redaktion:

Die EAK-Bundesgeschäftsstelle wird die beiden Grundsatzreferate von Staatsminister Friedrich Vogel und Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt gemeinsam mit einem Vortrag von Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg zum Thema „Sozialethische Erneuerung deutscher Politik“ in Form einer Broschüre unter dem Titel „Politik der Erneuerung“ veröffentlichen. Die Broschüre kann ab sofort schriftlich oder telefonisch bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle angefordert werden.

Jahreshauptversammlung des EAK Wesel

Wesel. Im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung des EAK im Kreis Wesel stand das Referat des Bundesgeschäftsführers, **Erhard Hackler**, über „Protestanten und die Union“. Evangelische Christen müssen seiner Ansicht nach nicht nur ihre Ausrichtung an Bibel und Bekenntnis in die Politik einbringen, sondern dürfen auch angesichts mancher bedenklicher Entwicklung in ihrer Kirche nicht aufhören, dort das Gespräch zu suchen und Aufgaben zu übernehmen.

Im Anschluß an die folgende lebhaft Diskussionsinformierte **Dr. Beisecker** die Zuhörer über die zukünftige Organisation des EAK in NRW.

Regionalgespräch mit Oberkirchenrat Michel

Karlsruhe/Freiburg. Eine Alternative in der Jugendarbeit der evangelischen Kirche forderte Oberkirchenrat **Hanns-Günther Michel**, Karlsruhe, in Donau-eschingen. Wesentlich, so Michel, sei dabei eine Offensive des Glaubens, der Vernunft und der Nüchternheit.

Der Oberkirchenrat sprach im Rahmen eines Regionalgesprächs verantwortlicher Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU in Baden. Michel selbst ist Mitglied des EAK-Landesvorstandes. Er stellte Möglichkeiten des Gesprächs mit der Kirche dar. Neben der Jugendarbeit ging er besonders auf die Öffentlichkeitsarbeit der Kirche, ihre Haushaltspolitik und die gewählten Gremien der Landeskirche ein, darüber hinaus auch auf die gemeindlichen Aktivitäten und Initiativen.

„Kirchensteuermittel für Guerillabewegungen in Namibia“

Rheinisch – Bergischer Kreis. Zu vorstehendem Thema lud der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Rheinisch – Bergischen Kreis zu einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Namibia-Experten und Fachjournalisten **Henning von Loewis of Menar** ein.

Auf der mit über 50 Teilnehmern sehr gut besuchten Veranstaltung prallten in fast 3-stündigen Diskussion die Meinungen zu der Frage, ob Kirchensteuermittel an den Antirassismusfond des Weltkirchenrates fließen sollten, hart aufeinander.

Während auf der einen Seite die Meinung vertreten wurde, die Unterstützung des Antirassismusfonds sei Ausdruck christlicher Solidarität mit den Leidenden in Namibia, wurde im Gegensatz dazu die Position vertreten, daß es nicht zu akzeptieren sei, daß Steuermittel der Kirche auch in die Kassen der marxistisch-leninistisch ausgerichteten und gewalttätigen SWAPO fließen.

Der rheinisch-bergische EAK-Kreisvorsitzende **Detlef Koenig** stellte es als besonderen Erfolg der Veranstaltung heraus, daß an ihr an einem heißen Sommertag, eine Vielzahl von ev. Pfarrern, Presbytern und Mitgliedern der Kreis- und Landessynode teilnahmen.

Diese Veranstaltung war die erste Veranstaltung in einer EAK-Reihe, mit der sich der rheinisch-bergische EAK als offenes Diskussionsforum für in den Evangelischen Gemeinden kontrovers diskutierte Themen anbietet.

„Christ in politischer Verantwortung“

Radolfzell. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU setzte seine Vortragsreihe mit einer Veranstaltung im Gemeindezentrum in Hilzingen gemeinsam mit dem dortigen CDU-Gemeindeverband fort.

Nach der vom Hausherrn Pfarrer Karcher gehaltenen Andacht referierte der geschäftsführende Vorsitzende des EAK-Baden, **Dr. Michael Feist** aus Karlsruhe, über das Thema: „Als Christ in politischer Verantwortung“. Er schilderte die Umstände, die nach dem Krieg zur Gründung der CDU führten, durch Männer und Frauen, die dem christlichen Gedankengut verpflichtet waren, die bereit waren, politische Verantwortung zu übernehmen, und ging auf das Wirken dieser Partei im politischen Leben Nachkriegs-Deutschlands bis zur Gegenwart ein.

Dr. Feist nannte Orientierungspunkte, nach denen Christen ihr politisches Handeln ausrichten. Er übergang dabei nicht die Zerreißproben, denen der Christ im politischen Alltagsgeschäft ausgesetzt ist.

Wir brauchen Menschen, die ihren christlichen Glauben bekennen“



Ernst Albrecht

Unter dem Titel „Zeichen der Hoffnung in einer zerbrechenden Welt“ veröffentlichte der Vorsitzende des Arbeitskreises christlicher Publizisten,

Heinz Matthias, was Politiker und der politischen Arbeit nahe stehende über ihr Verhältnis zu Jesus Christus gesagt haben.

Der Autor befragte u. a. auch den niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. Ernst Albrecht:

Frage: Welche Rolle sollte nach Ihren Vorstellungen das christliche Anliegen allgemein und das missionarisch-evangelische Element in den neuen Medien spielen?

Antwort: Wenn wir die Möglichkeit haben, vielen Hörfunk- und Fernsehveranstaltungen eine Sendelizenz zu geben, dann sollten auch die Kirchen einen eigenen Kanal nutzen. Er gibt ihnen die Chance, ein Programm ganz nach eigenen Vorstellungen auszustrahlen und christliches Gedankengut zu verbreiten. Dabei denke ich nicht nur an ernste, belehrende Sendun-

gen. Warum sollten nicht auch die Kirchen ein gutes Unterhaltungsprogramm anbieten?

Frage: Zurück zum evangelisch-missionarischen Anliegen: Mancher Hörer hat in Ihnen schon einen Erweckungsprediger gesehen. Ist das Ergebnis einer christlichen Erziehung oder haben Sie ein „Damaskuserlebnis“ gehabt?

Antwort: Ich bin in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen. Mein Glaube ist nicht so sehr durch das bewirkt worden, was man „christliche Erziehung“ nennt, als durch die Erfahrung, daß Gott für meine Eltern lebendige Wirklichkeit war, das, worauf es ankam in ihrem Leben. Später bin ich selber Gott Schritt für Schritt näher gekommen, habe gelernt, mit Gott und aus Ihm zu leben.

„Zeichnung der Hoffnung“ ist im Memra-Verlag erschienen.

Eine „evangelische Persönlichkeit“ gesucht

Die ersten Protokolle der CDU veröffentlicht: Kirche spielte große Rolle

Thomas Merten

Die jetzt veröffentlichten ersten 25 Protokolle des CDU-Bundesvorstandes, die unter dem Titel „Adenauer: Es mußte alles neu gemacht werden“ im Stuttgarter Klett-Cotta-Verlag auf 700 Seiten für 78 DM erschienen sind, zeigen, daß das Verhältnis der CDU zur evangelischen Kirche in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland eine große Rolle spielte. Die Protokolle umfassen den Zeitraum von 1950 bis kurz vor die zweite Bundestagswahl 1953. Die Protestanten waren damals gar nicht schlecht in diesem sich erst langsam zu einem wirklichen Machtfaktor entwickelnden Gremium vertreten: Siegens Oberbürgermeister Ernst Bach ist nicht nur Mitbegründer des Evangelischen Arbeitskreises (EAK), sondern auch Schatzmeister der Partei. Und eine wichtige Rolle spielt Friedrich Holzapfel als stellvertretender Bundesvorsitzender.

Bundeskanzler Konrad Adenauer hat 1953 vor der Bundestagswahl vor allem

Angst davor, daß die evangelischen Wähler zur SPD und F.D.P. überlaufen könnten. So sucht er in der CDU-Bundesvorstandssitzung am 26. Januar vor 33 Jahren eine „evangelische Persönlichkeit“, die im Wahlvorbereitungsgremium mitarbeitet. „Sollten wir nicht mit Prälat Kunst sprechen?“ fragte er, was Bundestagspräsident Hermann Ehlers etwas verbittert: „Das tun wir dauernd“. Später, im Juli, als es um die Aufstellung von Kandidaten geht, meldet sich Ehlers im Parteivorstand entschieden zu Wort: „Ich bitte freundlichst darum, dafür zu sorgen, daß die Verteilung nach Konfessionen erfolgt und daß man bei den evangelischen Kandidaten überlegt, daß es Kandidaten sind, die für unsere Arbeit im Bundestag besonders brauchbar sind, die also nicht nur die Eigenschaft haben, evangelisch zu sein, sondern die vielleicht auch gute Juristen sind.“

Die „Sorgenkinder“ sind im Vorstand bereits 1950 Martin Niemöller, hessen-nassauischer Kirchenpräsident, und Ade-

nauers einstiger Innenminister, Gustav Heinemann. Am 5. Oktober 1950 befaßte sich der Bundesvorstand ausführlich mit Martin Niemöller, der immer mehr mit der

Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“



Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstandes
1950-1953
- Klett-Cotta -

SPD zusammenarbeite. **Carl Schröter** berichtet von einem Gespräch mit evangelischen Bischöfen aus Schleswig-Holstein, „die der Ansicht sind, der Name Niemöller müsse aus der öffentlichen Diskussion verschwinden“. **Friedrich Holzapfel** ist dafür, „Niemöller völlig totzuschweigen“. Doch so einfach ist das nicht, denn Niemöller taucht immer wieder in den Vorstandsgesprächen auf.

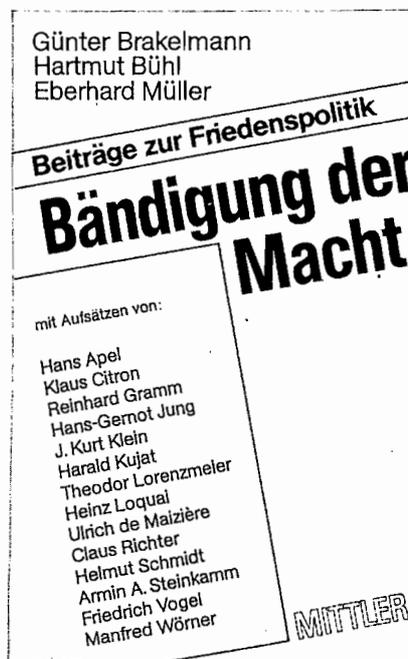
Aufregung gibt es in der Vorstandssitzung am 10. Mai 1951, als Oberkirchenrat **Adolf Cilien** über die niedersächsische Landtagswahl vom 6. Mai berichtet, in der die CDU mit der Deutschen Partei auf ganze 23,8 Prozent Stimmen gekommen war. Es zeigte sich, daß viele Protestanten die SPD oder andere Parteien gewählt haben.

Am 6. September 1951 berichtet Adenauer dem Vorstand, daß er mit evangelischen Bischöfen in Lübeck gesprochen habe. Mit Hannovers Bischof **Hanns Lilje** wolle er schon bald erneut zusammentreffen. Er hoffe, „daß die Ressentiments im evangelischen Lager abebben“. Doch bereits in der Vorstandssitzung am 29. Oktober des gleichen Jahres ist es Adenauers „größte Sorge“, daß die evangelischen Kreise der CDU so zurückhaltend sind. Dank Niemöller und Heinemann habe der Versuch der SPD wohl Erfolg, einen Keil zwischen die evangelischen und katholischen Mitglieder der Union zu treiben. Er habe den Bischöfen **Hanns Lilje** und **Otto Dibelius** erklärt, „die evangelischen Kirchen müßten sich darüber klar sein, daß

unter einer sozialistischen Regierung ihre Rechte und ihre Bestrebungen sicherlich nicht gefördert werden“. Auf der Berliner Vorstandssitzung am 17. Oktober 1952 steht die Frage an, wer Nachfolger des evangelischen Stellvertreters Holzapfel werden solle. Man war etwas verwirrt über publizistische Angriffe gegen die „katholische Partei“, und Heinrich Krone macht klar, daß die evangelische Seite einen Namen präsentieren solle. Adenauer machte das Ganze keinen Spaß, und er bog ab: „Es steht fest, daß ein evangelischer Parteifreund gewählt werden muß und daß einstimmig gewählt werden muß“.

Quelle: idea Nr. 54/86

Buchbesprechungen



Günter Brakelmann, Hartmut Bühl, Eberhard Müller, Bändigung der Macht, Beiträge zur Friedenspolitik, Verlag E. S. Mittler und Sohn, 192 Seiten, Brosch., 9,80 DM.

In ihrem Vorwort schreiben die Autoren und Herausgeber:

Die Diskussion über Sicherheit und Frieden, Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und nukleare Bedrohung hat in unserer Bevölkerung an Intensität und in Expertekreisen an Tiefe gewonnen.

Zur Verhütung von Krieg als Bedingung für das Überleben der Menschheit gibt es keine Alternative.

Kriege, auch konventionelle Auseinandersetzungen, sind nicht legitimierbar. Die Frage allerdings, wie Macht zu bändigen ist, welche Mittel angewandt und welche Wege gegangen werden sollen, um Kriege zu verhindern, bleibt umstritten.

Wir können nicht damit einverstanden sein, daß Sicherheitspolitik, die sich auf eine angemessene militärische Reaktionsfähigkeit beruft, als unmoralisch verurteilt wird. Wir können nicht mittragen, daß aus einem falschen Verständnis des christlichen Glaubens heraus oder aus anderen Gewissensgründen das im Grundgesetz verankerte Prinzip zur Selbstverteidigung gegen bewaffnete Gewaltakte fähig zu sein, in Frage gestellt wird.

Wir sind uns darin einig, daß das Ziel allen politischen Handelns nur der Erhalt des Friedens sein kann, ein Frieden, in dem sich Recht, Freiheit und Gerechtigkeit zum Wohle der Bürger entfalten können. Auch wenn wir nicht in der Lage sind, heute umfassende Lösungen anzubieten, die zu mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in der Welt führen können, so nehmen wir unsere Aufgabe dennoch konsequent und mit Engagement wahr, weil wir glauben, daß Christen nicht an der Unzulänglichkeit unseres Systems und der offensichtlichen „Machtlosigkeit“ der Regierenden verzweifeln und sich aufgeben dürfen.

Gefordert ist vielmehr persönlicher Einsatz, um sich den Herausforderungen unserer Zeit zu stellen und nach realisti-

schen Lösungen zu suchen, die zumindest kurz- und mittelfristig dazu beitragen können, Macht zu bändigen.

Wir sind davon überzeugt, daß eines Tages das System der gegenseitigen nuklearen Vernichtung überwindbar sein muß. Wir setzen dabei auf den Realismus der Handelnden und deren Vernunft, langfristig über die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen vertraglich zu Lösungen zu kommen.

Mit diesem Band, der Aufsätze von Diplomaten, Militärs, Politikern, Theologen und Völkerrechtlern beinhaltet, wollen wir die Auseinandersetzung um Wege zur Bändigung der Macht jenseits von parteipolitischen Auseinandersetzungen mit argumentativen Beiträgen versachlichen und beleben helfen.

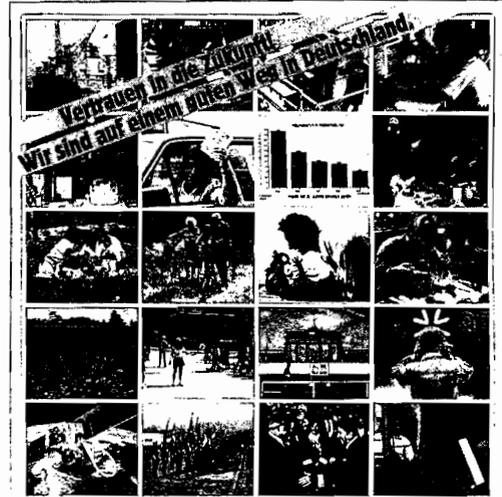
Erwin Wilkens, Vertreibung und Versöhnung, Die „Ostdenkschrift“ als Beitrag zur deutschen Ostpolitik, Lutherhaus Verlag, 51 Seiten, 8,- DM.

Von allen Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland war die sogenannte Ostdenkschrift am stärksten umstritten. Sicher trug sie dazu bei, eine neue Ostpolitik zu ermöglichen. Aber es wäre ein Trugschluß anzunehmen, Ihre Forderungen seien inzwischen aufgearbeitet.

Erwin Wilkens, der „Vater der Ostdenkschrift“, berichtet über die Entstehung und die Folgen dieses Memorandums und erinnert an die Aufgaben, die noch immer gestellt sind.

Wir in der CDU

- Offensive '87



**20 Pluspunkte der
Regierung
Helmut Kohl**

CDU
sicher
sozial
und frei

CDU
sicher
sozial
und frei

**Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland**

20 Jahre zu Heimat

CDU
sicher
sozial
und frei

**Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem guten
Weg in Deutschland**

Hinweis der Redaktion:
Wenn Sie sich für diese und weitere Broschüren der „Offensive '87“ interessieren, wenden Sie sich bitte an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.